

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com

Möbil: 0173 / 644 76 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Bundesregierung
- Bundeskanzlerin -
Frau Dr. Angela Merkel - persönlich -
Willy-Brandt-Straße 1
1 0 5 5 7 B e r l i n

Eichwalde, den 3. Dezember 2014

Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 6.9.2014 und 28.10.2014

Umsetzung von Maßnahmen des Schallschutzes

im unmittelbaren Umland des BER und Gesamtsituation

im Blickwinkel des Urteiles OVG 10 A8,10

zur Nichtigkeitserklärung des LEP B-B ex tunc ipso iure

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

angesichts des Fehlens einer Antwort auf meine vorgenannten Schreiben habe ich die TAZ-Meldung, daß für den Schallschutz am Flughafen Tegel TXL 2.500.000.000 € aufgewendet werden müßten, am 28.11.2014 mit großem Interesse z.K. genommen, zumal für den BER ursprünglich nur ca. 5% dieser Summe (!) eingeplant waren und auch jetzt nach dem OVG-Spruch im "Krumme-Null-Prozeß" der Wert erst bis auf ca. 30% der Summe für Tegel kletterte. Sicherlich sollte für Tegel im Gegensatz zum BER-Umland echter Schallschutz gem. ICAO-Vorschriften für den Flughafen-Nahbereich vorgesehen werden !?

MIT INTERESSE HABE ICH FERNER DIE EXISTENZ EINER "LEX TEGEL" Z.K. GENOMMEN, NACH WELCHER SCHALLSCHUTZ NACH DEM FLUGLÄRMGESETZ FÜR ALLE FLUGHÄFEN ENTFÄLLT, WELCHE INNERHALB VON 10 JAHREN SCHLIESSEN.

Es ist anhand der geschätzten Schallschutzkostensummen kein Wunder, daß bei der 2. Standort-Abwägung für den BER zwischen Schönefeld, Tegel und Tempelhof anstelle der 1. Auswahl gem. ROV 1994 die Entscheidung für Schönefeld fiel!

Diese "Lex-Tegel"-Regelung im Fluglärmschutzgesetz ist wegen der Verletzung von Bürger- und Menschenrechten genau so abzulehnen, wie die Standort-Entscheidung für Schönefeld, wobei zum BER-Projekt allerdings mit Sicherheit zusätzlich noch Rechtswidrigkeit wegen Verstößen gegen Landes-, Bundes- und EU-Verfassung konstatiert werden muß, was zu Tegel noch zu untersuchen ist.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwennschneiderei und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrowerkzeuge, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Externer mit Untersuchungen zur Systematisierung von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen;
- 1972,1974 Fichtpreissträger und Humboldtpreissträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsetzfragen im DEUTSCHEN RECHTSBUND (DRB)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialrates Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Feststofftoleranzen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austauschbau Plastikverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin (Teill: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzpläne, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schaaf, Zentrallaboratorium für Plastikverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (veröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Plasturformungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Hinfigkeits-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Plastikverarbeitungstechnik einer der internationalen Fachtagungen PLASTIC 87 der Kammer der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsschlussfassung in FEINGERÄTEFABRIK 29(1980) H. 4 S. 182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Brutto sozialprodukt (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Aussprachen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-zf.de> sowie www.eichwalde.com und www.brbb-ev.de)

In Anbetracht der Lex Tegel sowie der Kostenschätzungen ist für mich nun auch völlig verständlich, weshalb sich das Land Berlin so zäh gegen die Umsetzung des rechtlich ordnungsgemäß angenommenen Volksbegehrens zum Nachtflugverbot einschließlich der Ablehnung des BER in Schönefeld als Single-Flughafen im Berliner Raum wehrte!

Inzwischen ist dies allerdings rechtlich durch den im Betreff genannten OVG-Spruch irrelevant geworden, und sowohl die Bürger im BER-Umland als auch um Tegel sehen sich gleichermaßen zu Recht als getäuscht an!

Da Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Ihnen als Anlagen zu meinen bisherigen Schreiben zugegangenen Unterlagen für das Sprechen eines "BER-Machtwortes" zum Projekt-Abbruch augenscheinlich noch nicht als ausreichend erschienen, gestatte ich mir, Ihnen hiermit einige weitere aktuelle Unterlagen zum Betreff zuzusenden:

- die Presse-Information vom 3. Oktober 2014, "25 Jahre deutsche Einheit - können wir noch voneinander lernen? ...", auch wenn eine Verfassungsbeschwerde wohl bisher noch aussteht (vgl. S.3, 2.Absatz) - ich bitte um besondere Beachtung von Seite 4, denn eine ähnlich harsche Reaktion der Wahlbürger kann auch jede andre Regierungspartei treffen;
- den Kommentar vom 19. November 2014, "Das unendliche BER-Desaster - wie kam es eigentlich zum falschen Standort? ...", auch wenn dieser Kommentar gemäß den anfänglichen Bemerkungen dieses Schreibens schon wieder als etwas ergänzungsbedürftig erscheint;
- den Kommentar vom 28. November 2014, "Götterdämmerung beim BER-Projekt? ..." zur aktuellen Lageeinschätzung;
- den "Oldie" vom 28. Juni 2013, "Mehdorn für Tegel, aber gegen Lärmschutzurteil - Flughafenchef will unbefristeten Zweitflughafen und provoziert Anwohner" (MAZ) - es wird ohnehin nichts Anderes übrigbleiben, und die aktuellen Umzugpläne von Herrn Mehdorn kommen dem ja sowieso schon sehr nahe anstelle des ehemals mal geplanten Eintagsumzuges;
- den Beitrag von Prof. Dr. Ulrich Geske, "'Weltbester' Fluglärmschutz am Flughafen BER - ein 'Erfolgsmärchen' aus Berlin und Brandenburg" aus DAS GRUNDSTÜCK Journal des VdGN 7-2014 zum aktuellen "Sprint-3-Schallschutzprogramm" der Flughafengesellschaft, noch auf der Grundlage von PFB und PFBerg, welche de jure ja ex tunc ipso iure nichtig sind, aber dies noch immer nicht de facto anerkannt und von Landtag und Landesregierung umgesetzt wurde.

Die vorgen. Fakten erscheinen gemäß aktuellen Pressemeldungen sogar als geeignet, das Vertrauen zwischen Bürgern und Regierung zu untergraben, gleichzeitig aber auch Bürger in Berlin und Brandenburg gegeneinander zu positionieren, sofern die vorgen. und andre Fakten nicht erkannt werden, z.B. solche, welche in der aktuellen Günther-Gauss-Talk-Runde zur Steuermittelverschwendung und zum Straßen-Maut-Vorschlag benannt wurden sowie unterschiedliche Länder-Positionierungen zu Solidarbeitrag und Solidaritätspakt, auch gegenüber dem Bund, betreffen, welche gem. Wortmeldung von Ex-Ministerpräsident Platzeck wohl in Verbindung mit dem EU-Problem selbst auf die Einschätzung der Erfordernisse zur Lösung der Ukraine-Krise nicht ohne Einfluß blieben. Die Welt ist klein geworden und recht verzahnt! Und auch die Steuermittelverschwendung beim BER-Projekt wurde in der Talk-Runde thematisiert!

Selbiger endlich ein Ende zu setzen und die Vertrauensbildung zwischen Bürgern und ihren vielfältigen Vertretungen in Kommunen, Vereinen und Bürgerinitiativen einerseits und Regierungen wie Parlamenten andererseits zu befördern, erscheint aus vorgen. Gründen als auch für die Bundesregierung von ureigenstem Interesse, wenn sie den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates mehr Bedeutung und damit mehr Wirkung beimessen will, als dies zum BER-Projekt bisher erkennbar ist.

Derzeit ist der "Unrechtsstaat DDR" aus aktuellen Gründen in vielerlei Munde.

Da in dem vorgen. Staat die Vertreter unserer Gemeinde, welche das unrechtmäßige Reiseverbot für meine verstorbene Ehefrau trotz deren Invalidenberentung zu verantworten hatten, nach meiner Eingabe an den Staatsrat kurzfristig zu uns eilten und sich bei Kaffee und Kuchen entschuldigten und dies bei einer einzigen Bürgerin, welche betroffen war, also einem Anlaß von untergeordneter gesellschaftlicher Bedeutung, gehe ich davon aus, daß mir infolge Betroffenheit Hunderttausender bei einem Projekt von so großer allgemeiner Bedeutung wie dem BER-Projekt als größtem Infrastrukturprojekt der Region in einem demokratischen Rechtsstaat ebenfalls nun kurzfristig eine zustimmende Antwort zugehen wird, denn erfreulicherweise haben ja Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, einen großen Mitarbeiterstab und können so auf alle relevanten Fakten ungehindert zugreifen lassen.

Da alle grundsätzlichen Probleme des Projektes durch verschiedene BER-Kritiker-Gruppierungen von Bedeutung für das BER-Umland inzwischen ausführlich dargelegt und die Richtigkeit gezogener Schlüsse dezidiert bewiesen wurde, sind nun lediglich noch jeweils aktuell die Positionen der zuständigen Regierungen, Behörden und Ämter hierzu zu kommentieren, was vorstehend und anliegend geschah.

Viele Dokumente hierzu sind ferner im Internet unter der Adresse

<http://berlin-brandenburg-21.de>

einschbar.

In dem vorstehend dargelegten Sinne wünsche ich Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, auch bezüglich des BER-Projektes eine erfolgreiche Adventszeit der Besinnung und verbleibe mit den besten Wünschen zum Weihnachtsfest sowie zum Jahreswechsel.

mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlagen